

Stand: 6. September 2016

Teil 3

Ausschussvorlage INA 19/39 – öffentlich –

Stellungnahmen der Anzuhörenden  
zum Thema **Rechtsextremismus**

- |     |   |       |
|-----|---|-------|
| 18. | Landesamt für Verfassungsschutz                       | S. 1  |
| 19. | Dr. Alexandra Kurth, Justus-Liebig-Universität Gießen | S. 14 |

Landesamt für Verfassungsschutz Hessen • Postfach 39 05 • 65029 Wiesbaden

Aktenzeichen: 049-A-0000-12/2016

Geschäftsführerin  
des Innenausschusses  
Frau Dr. Ute Lindemann  
Hessischer Landtag  
Schlossplatz 1-3

Durchwahl (06 11) 720-100  
Telefax (06 11) 720-280

65183 Wiesbaden

Datum 02.09.2016

per Email

**Öffentliche Anhörung des Innenausschusses des Hessischen Landtages;  
hier: Drucks. 19/3379 zum Thema Rechtsextremismus**

**Ihr Schreiben vom 18.07.2016, Az.: I A 2.1**

Sehr geehrte Frau Dr. Lindemann,

für die Möglichkeit, an der öffentlichen Anhörung am 7. September 2016 im Hessischen Landtag teilnehmen zu können, darf ich Ihnen sehr herzlich danken.

Zum Thema **Rechtsextremismus** nehme ich für das Landesamt für Verfassungsschutz wie folgt Stellung:

**1. Zum Begriff des Rechtsextremismus**

Der Begriff „Rechtsextremismus“ beschreibt alle ideologischen Auffassungen und Zielvorstellungen, die anhand von Herkunft und Abstammung generell von einer Ungleichwertigkeit der Menschen ausgehen und ein ethnisch, völkisch oder rassistisch homogenes Deutschland idealisieren. Rechtsextremisten streben dabei ein autoritäres, antiplu-

ralistisches Staatssystem an, das den in der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verankerten Werten vollkommen entgegensteht. Zu ihren Feindbildern zählen sie - neben Migranten, politischen Gegnern und Personen jüdischen Glaubens - auch Flüchtlinge.

## **2. Rechtsextremistisch motivierte Straf- und Gewalttaten**

Extremistisch motivierte Straftaten, also politisch motivierte Kriminalität, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richtet, stiegen bundesweit im Jahr 2015 im Phänomenbereich des Rechtsextremismus stark an: Die Straftatenzahl stieg von 16.559 auf 21.933, darunter nahm die Zahl der Gewalttaten von 990 auf 1.408 zu.

In Hessen war auch ein Anstieg der rechtsextremistisch motivierten Straftatenzahl insgesamt von 632 (2013), 513 (2014) auf 659 (2015) zu verzeichnen - im Wesentlichen ganz überwiegend Propagandadelikte -, die Zahl der Gewalttaten blieb mit 20 gegenüber 21 im Vorjahr annähernd gleich.

Bei einer Verteilung der Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich der „politisch motivierten Kriminalität - rechts“ auf die Bundesländer nach absoluten Zahlen liegt Hessen an drittletzter Stelle vor den einwohnerschwächeren Ländern Saarland und Bremen. Gleichwohl sind bei diesen im Bundesdurchschnitt niedrigen Fallzahlen auch dramatische Fälle zu verzeichnen, wie ein Beispiel zeigt:

So prügeln im Oktober 2014 zwei Männer in einer Obdachlosenunterkunft in Limburg an der Lahn einen ruandischen Staatsbürger zu Tode; das Landgericht Limburg an der Lahn stellte eine ausländerfeindliche Gesinnung der beiden Täter fest und verurteilte sie rechtskräftig zu Freiheitsstrafen von 12 bzw. 10 Jahren.

## **3. Personenpotenzial**

Während bundesweit das rechtsextremistische Personenpotenzial insgesamt von 21.000 auf 22.600 Personen im Jahr 2015 anstieg, war eine solche Veränderung in

Hessen nicht festzustellen. Ohne der Veröffentlichung unseres Verfassungsschutzberichtes vorgreifen zu wollen, kann festgestellt werden, dass die Gesamtzahl der Rechtsextremisten in Hessen 2015 mit rund 1.300 gegenüber dem Vorjahr konstant geblieben ist und auch in den einzelnen Bereichen des Rechtsextremismus keine relevanten Veränderungen bzw. Verschiebungen feststellbar waren.

#### **4. Parteien**

##### **4.1 Nationaldemokratische Partei Deutschland (NPD)**

Unverändert steht die NPD (etwa 250 Mitglieder in Hessen) für Antiparlamentarismus und Antipluralismus. Sie wendet sich mit ihrer fremdenfeindlichen, rassistischen und antisemitischen Programmatik offen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Die NPD will die politische und gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, von der Partei in Anlehnung an die Sprache des Nationalsozialismus als „System“ diffamiert, durch eine ethnisch homogene „Volksgemeinschaft“ ersetzen.

Bei der NPD handelt es sich nach seit Jahrzehnten bestehender Bewertung aller Sicherheitsbehörden um eine unzweifelhaft rechtsextremistische Partei. Ihr aggressiver Rechtsextremismus wird überzeugend in der Antragsschrift für das Verbot vor dem Bundesverfassungsgericht mit eindeutigen Zitaten belegt. Dieses Belastungsmaterial spricht eine klare Sprache: In allen Kategorien ihrer rechtsextremistischen Ideologie, Agitation und Aktion zeigt sich eine aktiv-kämpferische Dimension, die unsere freiheitliche demokratische Grundordnung verwirft und beseitigen will. Das Bundesverfassungsgericht wird vermutlich noch dieses Jahr über die Verfassungswidrigkeit entscheiden.

Wie in den vergangenen Jahren war die NPD in Hessen nur sehr eingeschränkt handlungsfähig. Die Partei sah sich gezwungen, ihre Kreis- und Unterbezirksverbände zu Bezirksverbänden zusammenzulegen, es stehen nur wenige politik- und aktionsfähige Mitglieder und Funktionäre zur Verfügung. Es mag ein bezeichnendes Licht auf die Partei werfen, wenn ein ehemaliger Landesvorsitzender von einem noch nie dagewesenen „organisatorischen Saustall“ gesprochen hat.

Gleichwohl ist festzustellen:

Der langjährige NPD-Funktionär Daniel Lachmann erreichte bei der Bürgermeisterwahl in Büdingen (Wetteraukreis) im September 2015 8,2% der abgegebenen Stimmen (absolut 759). Besonders hervorzuheben sind die Ergebnisse der Stadtteil-Wahlbezirke: Während der NPD-Kandidat in der Büdinger Kernstadt insgesamt 6,3 % erhielt, erzielte er in den Stadtteilen außerhalb der Kernstadt noch deutlich höhere Prozentzahlen. Angefangen von dem Stadtteil Calbach mit 19,8 %, über Lorbach mit 15,9 % und Diebach am Haag mit 15,3 % lagen seine Ergebnisse in den 16 Wahlbezirken der Stadtteile bis auf eine Ausnahme - größtenteils deutlich - über 5 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 55,8%, es waren sechs Kandidaten für das Bürgermeisteramt angetreten. Lachmann führte einen für hessische NPD-Verhältnisse intensiven Wahlkampf. Er verteilte Flugblätter, war mit Info-Ständen präsent, betrieb Plakatwerbung und war besonders mit seinem Facebookauftritt aktiv. Eindeutig dominierendes Wahlkampfthema war für Lachmann die Agitation zum Thema Asyl / Flüchtlinge. Andere Themen wurden von ihm kaum bzw. gar nicht angesprochen. Bereits Anfang Januar 2015 hatte Lachmann seine Wahlkampfagenda mit der Überschrift eines Beitrags von ihm auf seinem Facebook-Auftritt vorgegeben: „NEIN zum Erstaufnahmelager für Asylanten in Büdingen - Wir sind nicht das Sozialamt der Welt!“. Eine Flugblattverteilung im Januar stand unter dem Motto „Asylsturm auf Hessen stoppen - Scheinasylanten ausweisen“. Hauptanliegen der NPD bei der Bürgermeisterwahl sei, so Lachmann im Juli, „eine (r)echte Alternative zu den Befürwortern der Einrichtung der Asylanten“ zu bieten.

Nach hiesiger Bewertung ist offensichtlich, dass der Wahlerfolg der NPD, der in der Öffentlichkeit so gut wie keine kritische Resonanz gefunden hat, ausschließlich auf die Fokussierung des Themas Asyl / Flüchtlinge angesichts der beschlossenen Einrichtung einer hessischen Erstaufnahmeeinrichtung (HEAE) für mehrere hundert Personen in einer seit Jahren leerstehenden früheren amerikanischen Kaserne in Büdingen zurückzuführen war. Lachmann war zwar ein örtlich verwurzelter Kandidat, aber seine für NPD-Verhältnisse leicht überdurchschnittlichen Wahlergebnisse in der Vergangenheit sind mit diesem nur ansatzweise vergleichbar.

Bei der letzten hessischen Landtagswahl im September 2013 hatte die NPD in Büdingen 3,5 % (hessenweit 1,1 %), zuvor im Jahr 2009 2,7 % erreicht.

Die klare Positionierung der rechtsextremistischen Partei in der Asyl / Flüchtlingsthema-

tik und die dezidierte Ablehnung der HEAE, mit der die NPD ein Alleinstellungsmerkmal besaß, wog für die Wähler schwerer als die bekannte und unstrittige Charakterisierung der NPD als rechtsextremistisch. Das Thema „Flüchtlinge“ war offenbar geeignet, in Teilen der Wählerschaft vorhandene Hemmungen, einer rechtsextremistischen Partei die Stimme zu geben, abzulegen.

Angesichts der Asyl- und Migrationszahlen und der in ungleich höherem Maße als früher direkt zu erfahrenden, konkreten Erlebbarkeit der Thematik in der Lebenswelt der Bürger vor Ort wird das Büdinger Wahlergebnis hier über die Umfrageergebnisse der Demoskopien hinaus als konkretes, valides und sehr ernst zu nehmendes Zeichen für eine relevante Stimmung und Positionierung in der Bevölkerung angesehen.

Diese bereits im Oktober letzten Jahres getroffene Einschätzung des LfV wurde durch Einzelergebnisse bei den Kommunalwahlen am 6. März 2016 bestätigt: So erreichte die NPD bei den Gemeindewahlen in Leun 11,2 %, in Büdingen 10,2%, in Altenstadt 10,0 % und in Wetzlar 7,7 %.

#### 4.2 Der III. Weg

Die Mitglieder der im September 2013 in Heidelberg gegründeten Partei stammen überwiegend aus dem neonazistischen Spektrum, vereinzelt aus der NPD. Ihr „Zehn-Punkte-Programm“ bezeichnet die Partei als „sozialistisch“ mit „nationalrevolutionärem“ Charakter, die Freiheit des Individuums ist wie in der nationalsozialistischen Ideologie der „Volksgemeinschaft“ unterworfen. Neben der Agitation im Internet tritt die in Hessen nur über wenige Mitglieder (etwa 10) verfügende Partei mit Flugblättern im Umfeld bestehender oder geplanter Flüchtlingsunterkünfte in Erscheinung.

Bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz im März 2016 erreichte der III. Weg 0,1 % der Zweitstimmen.

### 5. Neonazismus

Die in (Klein-) Gruppen zersplitterten, nicht parteigebundenen Neonazis verfügen in Hessen über etwa 250 Aktivisten/Anhänger. Bis 2010 waren in Hessen vornehmlich

regional eigenständig agierende Neonazi-Gruppierungen aktiv. Seit 2011 versuchen sich diese zum Beispiel unter dem Dach des Freien Netz Hessen (FNH) zu vernetzen; diese seit Jahren andauernden Versuche bleiben weitgehend erfolglos. Eine der wenigen aktiven Gruppierungen sind trotz der begrenzten Zahl der Aktivisten die Autonomen Nationalisten Groß-Gerau (AN GG), die v. a. mit Flugblatt- und Aufkleberaktionen, aber auch mit Agitation im Internet in Erscheinung treten.

Das Verbot des in Kassel ansässigen Vereins Sturm 18 e.V. im Oktober 2015 zeigt, dass der Staat bereit ist, alle zur Verfügung stehende Mittel gegen diese Bestrebungen einzusetzen.

Die Gruppierung verübte Straftaten, um durch massive Bedrohungen und körperliche Gewalt Personen zu zwingen, ihr beizutreten. Dabei propagierte Sturm 18 e.V. nationalsozialistisches Gedankengut und rief dazu auf, den politischen Gegner aus den „linken“ Spektren gezielt zu diffamieren und zu bekämpfen.

Maßgebliche Führungsfigur des Sturm 18 e.V. war der mehrfach als Straf- und Gewalttäter in Erscheinung getretene Neonazi Bernd Tödter. Das Sturm-18-Netzwerk war seit 2010 nahezu ausschließlich im Internet und meist in geschlossenen Foren aktiv gewesen. Tödter versuchte mit Hilfe des Netzwerks, das von dem Verbot umfasst und mittlerweile inaktiv ist, sowohl Angehörigen des Sturm 18 e.V. als auch Interessierten eine Kommunikationsplattform zu bieten.

Kurz nachdem Tödter im April 2015 im Zusammenhang mit zwei schweren Körperverletzungen aus der Untersuchungshaft wegen mangelnder Fluchtgefahr entlassen worden war, hielten er und andere Sturm-18-Mitglieder in Kassel einen Mann mehrere Tage lang in einer Wohnung fest und misshandelten ihn schwer. Seit Ende April befand sich Tödter daher erneut in Untersuchungshaft. Im Mai 2016 wurde Tödter vom Landgericht Kassel zu einer Haftstrafe von zweieinhalb Jahren verurteilt.

## **6. Subkulturell orientierte Rechtsextremisten / Skinheads**

Der subkulturell geprägte Rechtsextremismus ist klassischerweise hauptsächlich geprägt von szenetypischer Musik, den dazugehörigen - oftmals auch konspirativ organisierten - Konzertveranstaltungen und einem charakteristischen Lebensstil, bei dem der

Eventcharakter im Vordergrund steht.

In Hessen gibt es im Bereich des subkulturell orientierten rechtsextremistischen Spektrums (etwa 350 Aktivisten/Anhänger) seit mehreren Jahren keine Strukturen mehr.

Soweit rechtlich möglich, unterbinden die hessischen Sicherheitsbehörden sehr konsequent rechtsextremistische Konzerte, sodass deren Zahl in Hessen auf dem niedrigen Stand der Vorjahre verbleibt. 2015 fand lediglich ein Balladenabend statt. Eine nichtöffentliche rechtsextremistische Veranstaltung, bei der Musik von Tonträgern abgespielt wurde, wurde aufgelöst. Zwei weitere Konzerte wurden verhindert. Somit verliert die rechtsextremistische Szene eine zentrale Anlaufstelle und ein wichtiges Bindeglied zu Jugendlichen, die noch außerhalb des Rechtsextremismus stehen. Aufgrund des stringenten Handelns der Sicherheitsbehörden stagnieren daher in Hessen Personenpotenziale und Aktivitäten der subkulturell orientierten Rechtsextremisten / Skinheads.

## **7. Identitäre Bewegung Hessen (IBH)**

Dass der Rechtsextremismus keineswegs starr und in alten Strukturen gefangen ist, beweist die zahlenmäßig begrenzte, jedoch aktionistisch und mit intellektuellem Anspruch auftretende Identitäre Bewegung.

Die IBH ist eine Regionalgruppe der Identitären Bewegung Deutschland (IBD), die den zuvor genannten Bereichen nicht eindeutig zuzuordnen ist. Die IBD vertritt das Konzept des „Ethnopluralismus“, das vorgeblich auf die „Anerkennung und Achtung einer jeden Ethnie und Kultur und ihrer Souveränität auf ihrem geschichtlich gewachsenen Gebiet“ zielt.

Im Rahmen ihrer Kampagne „Der große Austausch“ behauptete die Identitäre Bewegung, dass durch die „Masseneinwanderung ein reiner Bevölkerungsaustausch“ stattfinde, bald würden „ganze Landstriche und Länder ´gekippt´ und ausgetauscht“ sein. Es sei ein „wahnwitziges soziales Experiment“, hinter dem unter anderem die „Kriegs- und Wirtschaftspolitik der USA, die ausbeuterische Globalisierung“ stecke. Ziel sei ein „multikulturalisiertes“ Deutschland ohne Identität, Heimatverbundenheit, Patriotismus und Tradition.

Die öffentlichen Auftritte der Identitären Bewegung (Flyer, Aufkleber, Merchandisingar-



tikel, Facebook, Internetseite usw.) waren - basierend auf dem Film „300“ - durch die Verwendung des griechischen Buchstabens Lambda gekennzeichnet. Die amerikanische Comicverfilmung glorifiziert das antike Sparta und den Kampf der 300 Spartaner (griech. *Lakedaimonioi*, auf deren Schildern sich in der ‚Antike das Lambda befand) gegen die angreifende Übermacht der Perser in der Schlacht bei den Thermopylen (480 v. Chr.). Durchgängig werden in der Verfilmung in vielfachen Variationen kämpferische und bewaffnete Spartaner gezeigt. Auf diese in Bildersprache gefasste zentrale Botschaft nimmt die Identitäre Bewegung Bezug und identifiziert sich damit:

„Wir werden nie zurückweichen, niemals aufgeben! Glaubt nicht, das hier wäre einfach nur ein Manifest, es ist eine Kriegserklärung an diejenigen, welche ihr Volk, ihr Erbe, ihre Identität und ihr Vaterland hassen und bekämpfen! Ihr seid von gestern, wir sind von Morgen!“

Die Orientierung an dem Klischee des totalitären Kriegsstaats Sparta ist keine vordergründige Symbolik, sondern steht für die Ideologie der Identitären Bewegung, deren Welt- und Menschenbild nicht mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung vereinbar ist.

Augenfällig werden die Argumentationsmuster in einer Darstellung von Carl Schmitt (1888 bis 1985), einem in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus wirkungsvollen Staatsrechtler, worin die fundamentale Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung durch die Identitäre Bewegung besteht. In dem Beitrag „Warum seine Demokratietheorie und Liberalismuskritik heute noch wichtiges Rüstzeug für jeden Identitären sind“ wird von der „Scheindemokratie der westlichen Staaten“ gesprochen: „Die politische Kaste, die sich in ihren liberalistisch-parlamentarischen System gegen den Volkswillen verschanzt hat, [...] hat nicht das Recht, sich als ´demokratisch´ zu bezeichnen“.

Zur Verbreitung ihrer Ideologie und Ziele agierte die IBH zunächst ausschließlich im Internet, um dann zunehmend Aktionen wie Flyerverteilung und Klebeaktionen durchzuführen. Immer wieder treten IB-Anhänger mit demonstrativen und provokativen Aktionen in Erscheinung, so am 27. August d. J. mit der besonders spektakulären Besetzung des Brandenburger Tores, wo ein Banner mit der Aufschrift „Sichere Grenzen - Sichere Zukunft“ entrollt wurde. Man habe den Tag der offenen Tür der Bundesregie-

rung und ihrer Ministerien unter dem Schwerpunkt Migration und Integration bewusst gewählt, „um ein deutliches Zeichen gegen die verfehlte Politik der Bundesregierung zu setzen, die nach wie vor geltendes Recht bricht und im Zuge der Migrationskrise völlig versagt hat“. Die „Identitäre Bewegung“ werde „diese Politik nicht länger hinnehmen“. Man werde sich „mit aller Kraft gegen diese Entwicklung stellen“. Die Besetzung, so heißt es unter anderem, sei „ein großer Meilenstein im Kampf um die Reconquista in Europa“ gewesen.

Die Bedeutung der Identitären Bewegung liegt weniger in ihrem Mobilisierungspotenzial und in ihrer Anhängerzahl als in ihrer Bezugnahme auf das „totalitär-militärische“ Sparta, kombiniert mit dem ideologischen Rückgriff auf Staatsrechtler, Schriftsteller und Publizisten.

Dabei hat die Identitäre Bewegung eine überwiegend junge Zielgruppe, die bislang nur in Teilen von rechtsextremistischer Agitation erfolgreich angesprochen wurde, im Visier. Den eher intellektuell ausgerichteten Jugendlichen bringt die Identitäre Bewegung mit Hilfe von zunächst nicht rechtsextremistisch besetzten Begriffen und Symbolen rechtsextremistische Inhalte nahe. Die Kombination aus martialischer Bildsprache und antidemokratischen Ideologieelementen kann insbesondere bei nach geistiger Orientierung suchenden jungen Menschen dazu führen, dass sich diese rechtsextremistischem Gedankengut zuwenden.

Die IBH ist seit November 2015 Beobachtungsobjekt des Landesamts für Verfassungsschutz Hessen.

## **8. Flüchtlinge im Visier von Rechtsextremisten**

Vor dem Hintergrund außerordentlich hoher Flüchtlingszahlen und der damit verbundenen gesellschaftlich-politischen Herausforderung entfaltete sich in Deutschland eine öffentliche Auseinandersetzung, wie sie an Gegensätzlichkeit und Schärfe in den letzten Jahren selten war. Im Bereich des Extremismus entwickelte das Thema „Flüchtlinge“ eine phänomenübergreifende Relevanz: Rechtsextremisten, Linksextremisten und Islamisten griffen das Thema gleichermaßen auf. Rechtsextremisten verbreiteten bei Veranstaltungen und vor allem im Internet fremdenfeindliche Hetze. Dabei spielt auch die unreflektierte Gleichsetzung von Islam und Islamismus oder sogar islamistischem

Terrorismus eine entscheidende Rolle.

Die Agitation gegen Flüchtlinge bzw. die Flüchtlingspolitik ist das zentrale und bestehende Thema im Rechtsextremismus. Vor dem Hintergrund ihres rassistischen Weltbilds - gepaart mit Nationalismus und Angst vor „kultureller Überfremdung“ - betrachten Rechtsextremisten Flüchtlinge als einen klassischen Feind. Rechtsextremisten benutzen dieses Feindbild, um Ressentiments und Ängste in der teilweise verunsicherten Bevölkerung zu schüren. Vor allem Muslime macht gerade die NPD für soziale Probleme verantwortlich, um mit dieser Schuldzuweisung Anschluss an ein ihrer Meinung nach breiteres gesellschaftliches Spektrum zu gewinnen.

Rechtsextremisten bedienen sich verstärkt des Internets; in sozialen Netzwerken, in geschlossenen Foren und vor allem auf eigenen Internetseiten publizierten Einzelpersonen unverhohlenen Hassparolen gegen Flüchtlinge. Zahlreiche Flugblattverteilaktionen rechtsextremistischer Parteien - in der Regel vor geplanten oder bereits bezogenen Flüchtlingsunterkünften - fanden statt. Entsprechende Fotos wurden im Internet veröffentlicht. Daneben besuchten Rechtsextremisten Informationsveranstaltungen der Kommunen zum Thema „Flüchtlinge“ mit der Absicht, dort eine Gelegenheit zu finden, um ihr fremdenfeindliches Gedankengut darzustellen und zu verbreiten.

Insbesondere die Anti-Asylagitation im Internet muss Sorge bereiten. Zu Recht stellt das Bundesamt für Verfassungsschutz fest, dass in einer „enthemmten Hetze“, mit einer verrohten Sprache zivilisatorische Schranken sich hier gänzlich auflösen scheinen. Hier wird auf zahlreichen Seiten auch der Boden für Militanz und Gewalt bereitet.

In der Tat besteht hier ein enorm radikalisierender Einfluss - gerade auf Jugendliche - und die Gefahr, dass sich angesichts solcher zutiefst menschenverachtenden Propaganda rechtsterroristische Gruppierungen herausbilden oder radikalisierte Einzeltäter schwere Gewalttaten verüben.

Dies sind reale Bedrohungsszenarien:

- Im Oktober 2015 kam es zu dem Messerangriff eines Einzeltäters auf die später gewählte Oberbürgermeisterkandidatin in Köln, Henriette Reker, als vermeintlich „Schuldige für das ganze Ausländerproblem“.

- Im Dezember 2015 hat die Bundesanwaltschaft Anklage gegen vier deutsche Staatsbürger wegen Bildung einer rechtsterroristischen Vereinigung erhoben. Die Gruppe mit der Bezeichnung „Oldschool Society“ (OSS) plante einen Sprengstoffanschlag auf eine bewohnte Flüchtlingsunterkunft, wobei die Sprengkörper mit Nägeln oder Brennstoff ummantelt werden sollten.
- Im April 2016 ließ der Generalbundesanwalt fünf Personen festnehmen, die gemeinsam mit der anderen deutschen Staatsangehörigen die rechtsterroristische Vereinigung „Gruppe Freital“ gegründet haben sollen. Ziel der Vereinigung war es, Sprengstoffanschläge auf Asylbewerberunterkünfte sowie Wohnprojekte von politisch Andersdenkenden zu begehen. Drei derartige Anschläge sind der Gruppe zuzurechnen.

Auch unter dem Eindruck einer Größenordnung von Migranten und Flüchtlingen, die den absoluten Höchstwert aus dem Jahr 1992 übertrifft, gelingt es der rechtsextremistischen Szene noch kaum, die daraus entstehenden gesellschaftlichen Konflikte zur Rekrutierung zu nutzen. Obgleich die Größenordnung des Zuzugs von Ausländern nach Deutschland 2015 so groß war wie noch nie zuvor, konnte die rechtsextremistische Szene insgesamt kaum neue Aktivisten an sich binden.

Obwohl die Flüchtlingspolitik aus rechtsextremistischer Sicht schlimmste Folgen nach sich zieht (Stichwort „Volkstod“) und die daraus erwachsenden politischen und sozialen Probleme eigentlich rechtsextremistischer Agitation und Propaganda entgegenkommen müssten, können die Rechtsextremisten daraus kaum politischen Zuspruch ableiten. Dies zeigen insbesondere die Ergebnisse der rechtsextremistischen Parteien bei den Landtagswahlen.

Neben den extremistischen Inhalten sind es gerade die fehlende Seriosität und die weithin negative Wahrnehmung in der Öffentlichkeit, die Erfolge der rechtsextremistischen Szene verhindern. Hinzu kommt, dass ein nicht unerheblicher Teil der Bürgerinnen und Bürger zwar die Asylpolitik kritisiert oder sogar ablehnt, aber Asylbewerbern und dem demokratischen System der Bundesrepublik Deutschland per se nicht feindlich gegenübersteht.

## Fazit

Obwohl der Rechtsextremismus in Hessen noch kaum neue Aktivisten an sich binden kann, fühlt sich die rechtsextremistische Szene deutlich im Aufwind, ihr Selbstbewusstsein nimmt zu - eine sehr ernstzunehmende Entwicklung, die uns täglich herausfordert. Sie sieht sich in ihren Untergangsvisionen bestätigt und fühlt sich als Sprachrohr und Retter der deutschen Bevölkerung gefordert und getragen.

Aber sie stößt nach wie vor auf eine selbstbewusste und wehrhafte Demokratie, die hier entschieden agiert und auch agieren muss - sei es nun gegenüber offen rassistisch motivierter Fremdenfeindlichkeit oder dem Schüren von Ängsten mit verbrämter Hetze und Propaganda. Wir dürfen die Agitation und Propaganda des Rechtsextremismus nicht unterschätzen, sondern sie muss früh, pro-aktiv und präventiv bekämpft werden. Die aktuelle und massive Instrumentalisierung der Asylthematik ist eine große Herausforderung für uns alle, hier der Bevölkerung glaubwürdige Antworten zu geben und den Rechtsextremisten deutlich Paroli zu bieten.

Wachsamkeit bleibt - und dies gilt für alle Extremismusbereiche, sei es nun der Linksextremismus, dessen gewalttätige Erscheinungsform sich beispielsweise in Frankfurt am Main bei der Eröffnung der Europäischen Zentralbank (EZB) im letzten Jahr manifestiert hat oder der mörderische Jihadismus als Ausprägung des Islamismus - Wachsamkeit bleibt der Preis der Freiheit.

Vor allem wegen der besorgniserregenden Zunahme der Fremdenfeindlichkeit intensivierte das LfV erneut die Beobachtung des Rechtsextremismus. Das LfV hat im Mai 2016 eine eigene Abteilung Rechtsextremismus gebildet, in der neben der strukturanalytischen und strategischen die operative Auswertung fokussiert sowie die Beobachtung von Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus schärfer akzentuiert werden. Zum ersten Mal wurde ein Dezernat „Wissenschaftliche Analyse fremdenfeindlicher Extremismus und phänomenübergreifender Antisemitismus“ eingerichtet; eine erfahrene Verfassungsschützerin mit wissenschaftlicher Kompetenz beginnt in diesen Tagen mit ihrer Arbeit. Im Herbst letzten Jahres wurde gemeinsam mit der hessischen Polizei ein Ansprech-Projekt umgesetzt; dies hat das Ziel, pro-aktiv bekannte Rechtsextremisten anzusprechen, die im Zusammenhang mit der Agitation zum Nachteil von Flüchtlingen in

Verbindung gebracht werden.

Damit einhergehend hat das LfV auch seine Präventionsmaßnahmen durch das Kompetenzzentrum Rechtsextremismus (KOREX) verstärkt. Das 2008 gegründete KOREX bereitet u. a. das Fachwissen des LfV Hessen über den Rechtsextremismus für die Präventionsarbeit gezielt auf und stellt es bedarfsgerecht zur Verfügung. KOREX hat in diesem Jahr 46 Termine zur Aufklärung und Sensibilisierung über das Thema Rechtsextremismus durchgeführt bzw. geplant. Die Bedarfsträger der Präventionsmaßnahmen werden über aktuelle Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in Hessen informiert und in die Lage versetzt, rechtsextremistische Bestrebungen und entsprechende Radikalisierungsverläufe zu erkennen.

Bedrohungen und Bedrohungslagen ändern sich, im Einzelnen oder im großen Maßstab. Auch wenn die globale Herausforderung durch den islamistischen Terrorismus jetzt zu einem großen Teil die Agenda der Sicherheitsbehörden bestimmt, so müssen wir doch sehr aufmerksam, sensibel und entschlossen zugleich gegenüber allen Bedrohungen der Freiheit sein. So ist und bleibt die Beobachtung und Bekämpfung des Rechtsextremismus eine der wichtigsten Aufgaben und ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit des hessischen Verfassungsschutzes. Gerade der Verfassungsschutz muss seine analytischen Fähigkeiten weiterhin ausbauen und mit einem zukunftsorientierten, intelligenten und operativen Arrangement aller zur Verfügung stehenden nachrichtendienstlichen Mittel in Verbindung mit präventiven Maßnahmen gegen Rechtsextremismus vorgehen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

R. Schäfer

✉ Dr. Alexandra Kurth • Karl-Glöckner-Str. 21 E • 35394 Gießen

An den  
Innenausschuss des Hessischen Landtags  
z. Hd. Frau Dr. Ute Lindemann

**Institut für Politikwissenschaft**

Dr. Alexandra Kurth  
Karl-Glöckner-Straße 21 E  
35394 Gießen  
Tel.: 0641 / 99 – 23093  
Fax.: 0641 / 99 – 23079  
Email: alexandra.kurth@sowi.uni-giessen.de  
Sekretariat: 0641 / 99 – 23071  
Email: marion.groh@.uni-giessen.de

### **Schriftliche Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Innenausschusses des Hessischen Landtages zum Thema „Rechtsextremismus“ am 7. September 2016**

Die politische Aktualität des Themas „Rechtsextremismus“ zeigt sich nicht zuletzt an der sehr hohen Zahl rechtsextremer Straftaten. 2015 hat die Zahl rechtsextremistisch motivierter Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland mit 22.000 ein Rekordniveau erreicht. Es ist der höchste Wert, seitdem zum 1. Januar 2001 das von der Inneministerkonferenz (IMK) beschlossene Definitionssystem „Politisch motivierte Gewalt“ eingeführt worden ist. (Vgl. Abb. 1) Auch die Gewaltstraftaten mit rechtsextremistisch motivierten Hintergrund sind 2015 auf das bislang höchste Niveau gestiegen. Es wurden bundesweit 1.408 Gewaltstraftaten mit rechtsextremistisch motiviertem Hintergrund registriert, fast 400 mehr als 2006 und 2008, die bislang die höchsten Werte seit 2001 aufgewiesen hatten. (Vgl. Abb. 2)

Auch für Hessen ist davon auszugehen, dass die Zahlen im Bereich rechtsextremistisch motivierte Straftaten 2015 ebenfalls angestiegen sind. Da jedoch der hessische Verfassungsschutzbericht für 2015 noch nicht veröffentlicht ist und in der Pressemitteilung des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport zur politisch motivierten Kriminalität in Hessen im Mai dieses Jahres nur die Zahlen für den Gesamtphänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität Rechts“ genannt wurden, nicht aber die rechtsextremistisch motivierten, kann ich zum jetzigen Zeitpunkt für 2015 weder zu den rechtsextremistisch motivierten Straftaten in Hessen insgesamt, noch zu den rechtsextremistisch motivierten Gewaltstraftaten in Hessen, genauere Angaben machen. (Vgl. Abb. 3 und 4)

Rechtsextremismus ist nicht nur statistisch messbar, er ist auch politisch und gesellschaftlich sichtbar. Er zeigt sich in Pöbeleien im öffentlichen Nahverkehr und anderswo, in Drohungen gegen oder sogar Angriffen auf AusländerInnen, insbesondere Flüchtlinge und AsylbewerberInnen sowie deren

Unterkünfte, JüdInnen und MuslimInnen, politische GegnerInnen, Obdachlose, Homosexuelle und alle, die nicht in das Weltbild der RechtsextremistInnen passen; Rechtsextremismus ist öffentlich präsent durch Hakenkreuz- und andere Schmierereien sowie Aufkleber an Schulen, Universitätsgebäuden, religiösen Einrichtungen und anderswo, aber auch durch rechtsextreme Demonstrationen und Infostände, Konzerte, Vortrags- und andere Veranstaltungen; schließlich wird Rechtsextremismus sichtbar in LeserInnenbriefen, off- wie online, durch Hate-Postings in sozialen Netzwerken und im Rahmen der so genannten Wortergreifungsstrategie der extremen Rechten auf Veranstaltungen demokratischer Parteien und Organisationen.

Ebenso vielfältig sind die Erscheinungsformen des organisierten Rechtsextremismus. Neben dem klassischen parteipolitischen Rechtsextremismus mit seinen verschiedenen Vorfeldorganisationen gibt es eine Vielzahl rechtsextremer Gruppen und Grüppchen, wobei sich insbesondere die militante rechtsextreme und/oder neonazistische Szene permanent neu- und reorganisiert, nicht zuletzt um staatlichem Verfolgungsdruck zu entgehen. Flankiert wird die Arbeit der Parteien und Organisationen sowohl publizistisch durch eine Vielzahl an Zeitungen und Zeitschriften, als auch durch Einrichtungen zur politischen und historischen Bildung im rechtsextremen Sinne, die als eine Art Think-Tanks verstanden werden können. Nahezu alle Parteien und Organisationen sowie Publikationsorgane und Projekte sind auch mit eigenen Webpräsenzen im Internet und/oder in den sozialen Netzwerken vertreten. Zu nennen ist außerdem die rechtsextreme Musikszene mit ihren Bands und Vertriebsstrukturen, die auf vielfältige Weise mit anderen Parteien und Organisationen verflochten ist, weil diese sich zu Nutze machen, dass die Musik für Jugendliche nach wie vor eine „Einstiegsdroge“ in den Rechtsextremismus ist. Schließlich existiert die so genannte Neue Rechte, ein Spektrum, dem es um eine Intellektualisierung des Rechtsextremismus geht, dabei insbesondere um die Entwicklung einer intellektuellen Metapolitik für die extreme Rechte, um im Gramscischen Sinne zuerst die „kulturelle Hegemonie“ und danach die politische Macht zu erringen.

Einer meiner Schwerpunkte in der Forschung liegt in der Analyse des Teils der „Neuen Rechten“, den man als akademischen Rechtsextremismus bezeichnen kann, denn Rechtsextremismus ist kein Privileg von sozial Deklassierten oder so genannten ModernisierungsverliererInnen. Bildung immunisiert leider nicht automatisch gegenüber rechtsextremen Einstellungen, auch wenn verschiedene empirische Studien gezeigt haben, dass die Zustimmungswerte der Befragten ohne Abitur zu den einzelnen Dimensionen rechtsextremer Einstellungen deutlich höher sind als die Zustimmungswerte der Befragten mit Abitur.

Der akademische Rechtsextremismus wird häufig unterschätzt, da die AkteurInnen es in der Regel vermeiden, Straftaten zu begehen. Stattdessen operieren sie bis hart an die Grenze der Legalität, scheuen aber immer häufiger auch den Schulterchluss mit militanten Kräften nicht. Zum Teil existieren auch personelle Überschneidungen zwischen den Szenen.

Wie ich bereits in zwei vergangenen Stellungnahmen für den hessischen Innenausschuss ausgeführt habe, sind jenseits des gegenwärtigen Mobilisierungspotenzials rechtsextreme Studierende und AkademikerInnen als (künftige) MultiplikatorInnen, FunktionärInnen rechtsextremer Parteien und Organisationen und/oder IdeologieproduzentInnen und PublizistInnen eine Gefahr für unsere Demokratie wie für das gesellschaftliche Zusammenleben insgesamt. Ebenso habe ich sowohl 2007 wie 2010 darauf verwiesen, dass es in diesem Kontext immer wieder akademische Burschenschaft-



ten und/oder Burschenschafter des Dachverbandes Deutsche Burschenschaft (DB) waren, die aufgrund rechtsextremer Aktivitäten und/oder Affinitäten in die Schlagzeilen geraten sind. Seit der letzten Anhörung im Innenausschuss 2010 hat es eine Reihe von Entwicklungen gegeben, die einen neuen Blick auf die Situation notwendig machen, nicht nur, aber auch in Bezug auf Hessen.

2011 erfuhr die Öffentlichkeit von einem Konflikt in der DB, bei dem es im Kern um die Frage ging, wer im Sinne dieses burschenschaftlichen Verbandes als „Deutscher“ gelten kann und wer nicht. Formal ging es dabei um die Interpretation des nicht erst seit 2011 kontrovers diskutierten so genannten volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriffs nach Art. 9 der Verfassung der Deutschen Burschenschaft (VerfDB), konkret aber um die Frage, ob und wenn ja, unter welchen Bedingungen die DB studierende deutsche und österreichische Staatsbürger mit Migrationshintergrund als „Deutsche“ klassifiziert und damit als Mitglieder akzeptiert. Seit 1971 lautete Art. 9 VerfDB folgendermaßen:

„Die Burschenschaft bekennt sich zum deutschen Vaterland als der geistig-kulturellen Heimat des deutschen Volkes. Unter dem Volk versteht sie die Gemeinschaft, die durch gleiches geschichtliches Schicksal, gleiche Kultur, verwandtes Brauchtum und gleiche Sprache verbunden ist. Pflicht der Burschenschaften ist das dauernde rechtsstaatliche Wirken für die freie Entfaltung deutschen Volkstums in enger Verbundenheit aller Teile des deutschen Volkes, unabhängig von staatlichen Grenzen in einem einigen Europa in der Gemeinschaft freier Völker.“

Die Frage wie dieser so genannte volkstumsbezogene Vaterlandsbegriff im Hinblick auf Mitgliedschaftskriterien zu interpretieren sei, stellte sich, weil einige Burschenschaften in der Bundesrepublik Deutschland deutsche Studenten mit Migrationshintergrund als Mitglieder aufgenommen hatten, was wiederum von anderen Burschenschaften in der Bundesrepublik und in Österreich heftig kritisiert wurde, so dass nach einigen Querelen und rassistischen Beleidigungen der Rechtsausschuss (RA) der DB auf Antrag der Altherrenschaft der Braunschweiger Burschenschaft Germania vom Oktober 2009 ein Gutachten zur Interpretation von Art. 9 VerfDB erstellte.

In diesem, im November 2010 fertiggestellten und im Februar 2011 im internen Nachrichtenblatt der DB veröffentlichten Gutachten, wurde festgestellt, dass die Mitgliedsvereinigungen der DB „im Rahmen der ihnen gewährten Selbstständigkeit“ nach Art. 16 Abs. 4 VerfDB „und unter Beachtung der für alle Mitgliedsvereinigungen verbindlichen Grundsätze der Verfassung der Deutschen Burschenschaft berechtigt“ seien, „solche Mitglieder aufzunehmen, die persönlich bereit und in der Lage sind, die Grundsätze der Verfassung der Deutschen Burschenschaft anzuerkennen und zu verwirklichen.“ Dabei seien insbesondere die Grundsätze aus Art. 9 VerfDB zu beachten, was nach Auffassung des RA der DB folgendes bedeute:

„Demnach bekennt sich die Deutsche Burschenschaft zum Deutschen Vaterland als der geistig kulturellen Heimat des Deutschen Volkes, wobei sie unter dem (deutschen) Volk eine Abstammungsgemeinschaft versteht, die durch gleiches geschichtliches Schicksal, gleiche Kultur, verwandtes Brauchtum und gleiche Sprache verbunden ist. Dieses Bekenntnis verpflichtet die Deutsche Burschenschaft im Wesentlichen dazu, die Identität des Deutschen Volkes zu bewahren und das Bewusstsein einer gemeinsamen Volkszugehörigkeit zu pflegen. Die Identität des Deutschen Volkes wird vor allem geprägt, durch dessen Siedlungsraum in Europa, insbesondere in Mitteleuropa auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich sowie durch die noch in

der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geschlossenen deutschen Siedlungsgebiete in Ost- und Südosteuropa.

Angesichts der Bedeutung der in Art. 2 und 9 Verf. DB niedergelegten Zielsetzung der Burschenschaft können die Mitgliedsvereinigungen daher nur solche Mitglieder aufnehmen, die auch dieser konkreten Zielsetzung gerecht werden, insbesondere dem deutschen Volke angehören. Aufgrund der besonderen Lage des deutschen Volkes, dem es nicht gelungen ist, eine einheitliche deutsche Staatsnation zu bilden, kann demnach der Besitz der österreichischen oder bundesdeutschen Staatsangehörigkeit für sich alleine nicht schon das ausschlaggebende Kriterium für die Frage der Volkszugehörigkeit sein, wenngleich sie ein Indiz hierfür ist.

Maßgeblich ist die Abstammung von Angehörigen des deutschen Volkes. Deutscher im Sinne der Grundsätze der Deutschen Burschenschaft ist daher nur derjenige Bewerber, dessen familiäre Wurzeln schwerpunktmäßig im deutschen Siedlungsgebiet in der Mitte Europas oder in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geschlossenen deutschen Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa liegen. Dabei gehört zu den Wurzeln des deutschen Volkes auch der deutsche Volkszugehörige, der sich als Deutscher im Ausland ausschließlich zum deutschen Volkstum bekannt hat.

Personen mit mehrheitlich außereuropäischen Vorfahren sind unter Hinweis auf die Abstammungsgemeinschaft eines Volkes dementsprechend keine Angehörigen des deutschen Volkes. Sie schulden auch nicht das identitätsstiftende Eintreten für das deutsche Volk im vorgenannten Sinne.“

Sollten bei der Aufnahme in eine Burschenschaft Zweifel bestehen, ob diesen Kriterien Genüge getan sei, müsse – so der RA der DB – genau geprüft werden, inwieweit der Bewerber eine Gewähr für die Verwirklichung der Ziele der DB bieten könne. Der RA der DB müsse in drei Fällen prüfen:

- „1. Bei einem Bewerber, der nicht dem deutschen Volk angehört.
2. Bei einem Bewerber, dessen Eltern nicht beide dem deutschen Volk angehören.
3. Bei einem Bewerber, dessen Eltern zwar deutsche Volksangehörige sind, der selbst aber einem anderen Volk angehört.“

Diese Haltung des RA der DB bedeutete letztlich die Nichtanerkennung von § 1 des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts, nach dem Deutscher ist, „wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.“ Ohnehin hatte die DB seit 1971 aufgrund des volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriffs österreichische Staatsangehörige als „Deutsche“ betrachtet, nun ging es darum, jungen Studenten mit deutscher Staatsangehörigkeit ihr Deutsch-Sein abzusprechen, sie zumindest als nicht „deutsch“ genug für die DB zu klassifizieren. Anders ausgedrückt: es ging um die weitere Radikalisierung und Verankerung des Völkischen innerhalb des Verbandes.

In der Folge wurden für den Burschentag 2011 und die folgenden Burschentage eine Reihe von Anträgen gestellt, die Art. 9 VerfDB und/oder das genannte Rechtsgutachten betrafen. An der Debatte beteiligte sich auch die Marburger Burschenschaft Rheinfranken. Aktivitas und Altherrenschaft der Rheinfranken legten gemeinsam mit der seinerzeit Vorsitzenden Burschenschaft Redaria-Allemania Rostock, die mittlerweile aus der DB ausgetreten ist, für den außerordentlichen Burschentag in Stuttgart 2012 folgenden Antrag als „Kompromissvorschlag“ vor:

„Art. 9 VerfDB wird um folgende Absätze ergänzt. Der bisherige Wortlaut von Art. 9 bleibt als Art. 9 Absatz 1 bestehen.

(2) Nur männliche studierende Deutsche können in eine Burschenschaft der Deutschen Burschenschaft aufgenommen werden. Deutscher ist grundsätzlich, wer sich durch Sprache, Kultur und Abstammung als Deutscher auszeichnet.

(3) Bewerber nichtdeutscher Abstammung können nur bei vollendeter Assimilation an das deutsche Volk in eine Burschenschaft der Deutschen Burschenschaft aufgenommen werden. Assimilation liegt vor, wenn ein Bewerber nichtdeutscher Abstammung hinsichtlich Sprache und Kultur nicht von einem Bewerber deutscher Abstammung unterscheidbar ist. Die bloße Integration in die deutsche Gesellschaft reicht für die Aufnahme nicht aus.

(4) Die Feststellung der Vollendung der Assimilation obliegt bei Aufzunehmenden mit Herkunft aus dem abendländischen-europäischen Kulturkreis der aufnehmenden Burschenschaft. Liegt die Herkunft des Aufzunehmenden zumindest teilweise außerhalb des abendländisch-europäischen Kulturkreises, obliegt die Feststellung der Assimilation einem Aufnahmeamt aus je vier Aktiven und Alten Herren, die vom Burschentag für vier Jahre gewählt werden. Der Burschentag kann eine Geschäftsordnung für den Aufnahmeamt beschließen.“

Begründet wurde dieser „Kompromissvorschlag“ unter anderem damit, dass das „derzeit in der Bundesrepublik Deutschland geltende Staatsangehörigkeitsrecht [...] nicht der Überzeugung der Mehrheit der Burschenschaften“ entspreche, „da es den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit zu leicht“ mache. „Ein 'Mangel' hinsichtlich der Abstammung“ sei „schlechterdings nicht ausgleichbar“.

In der Folge der skandalisierten öffentlichen Berichterstattung traten viele Burschenschafter aus ihrer Burschenschaft und eine Reihe von Burschenschaften aus dem Verband aus, weil sie derartige Positionen entweder nicht mittragen wollten oder zumindest nicht öffentlich damit in Verbindung gebracht werden wollten. Beschleunigt wurde dadurch ein Erosionsprozess, der schon einige Jahrzehnte zuvor begonnen hatte. In der Summe sind seit 1980 etwa 100 Burschenschaften aus der DB ausgetreten und der Verband hat fast vier Fünftel seiner Mitgliedsburschenschafter verloren, was nicht zuletzt mit erheblichen finanziellen Einbußen verbunden ist. Zur Zeit hat die DB noch 66 Mitgliedsburschenschaften, 43 in Deutschland und 23 in Österreich. In Hessen sind noch vier Burschenschaften Mitglied der DB: Germania Kassel, Germania Marburg, Rheinfranken Marburg und Normannia-Leipzig zu Marburg. Die Gießener Burschenschaft Dresdensia Rugia, die vom hessischen Landesamt für Verfassungsschutz als Verdachtsfall geführt wird, wird zwar auf der Homepage der DB noch in Gießen gelistet, hat ihren Aktivenbetrieb allerdings im letzten Jahr mit der „Neugründung“ der Dresdensia Leipzig nach Leipzig verlagert. Der Hausbauverein der Altherrenschaft betreibt das Gießener Haus jedoch als Studentenwohnheim weiter, Zeitungsberichten zufolge nach wie vor gemeinnützig.

Für die Entwicklung in den hessischen DB-Burschenschaften seit 2010 ist insbesondere relevant, dass die Marburger Burschenschaft Germania den Vorsitz und die Vertretung der DB für das Geschäftsjahr 2015 inne hatte. Schon einige Tage vor ihrer Wahl auf dem Burschentag 2014 in Eisenach hatte sie auf ihrer Facebook-Seite pathetisch angekündigt: „Jugend übernimmt Verantwortung für Volk und Vaterland!“ Das dazugehörige Chronik-Foto (vgl. Abb. 5) zitiert einen in die alte Rechtschreibung übertragenen Aphorismus des Schriftstellers Johann Gottfried Seume (1763-1810)

– „Alles, was man in dieser Zeit für seinen Charakter tun kann, ist, zu dokumentieren, daß man nicht zur Zeit gehört“ - und kann als eine Art Motto für den Vorsitz der Germanen gelesen werden.

Exemplarisch für die Dokumentation, „nicht zur Zeit“ zu gehören, sind nicht zuletzt die von der Germania während ihrer Vorsitzzeit herausgegebenen Ausgaben der Verbandszeitschrift der DB. Ich werde dies im folgenden exemplarisch anhand der Ausgabe 1/2015 der Burschenschaftlichen Blätter, die den Themenschwerpunkt „Nonkonformes Europa“ hatte, verdeutlichen. Mit der Wahl dieses Schwerpunktthemas sollte ein „Blick über den Tellerrand“ geworfen und gezeigt werden, „wer für uns Burschenschafter anschlussfähig ist.“

Federführend geplant, lektoriert und erstellt wurde der Schwerpunkt von Philip Stein (Burschenschaft Germania Marburg) in seiner Funktion als stellvertretender Sprecher der DB. Stein ist kein Unbekannter in der neurechten Szene der Bundesrepublik. Er publiziert in den entsprechenden neurechten Szeneblättern, unter anderem in den Zeitschriften Sezession und Blaue Narzisse, und ist „Leiter“ der Initiative „Ein-Prozent für unser Land“, die unter anderem durch ihre Wahlbeobachtungs- und Crowdfundingkampagnen Aufmerksamkeit erregte und damit wirbt, eine „mächtige Widerstandsbewegung“ aufbauen zu wollen.

Der Schwerpunkt „Nonkonformes Europa“ beginnt mit einem Artikel über Frankreich. Unter dem Titel „Nouvelle Droite bis Front National“ erklärt der „Leiter“ der österreichischen identitären Bewegung, Martin Sellmer, die Identitäre Bewegung Frankreichs zu einer Art Erbin der Nouvelle Droite. Sie habe esoterische „Idiosynkrasien, Sektierertum, intellektuelle 'Radikalität' und andere subkulturelle Gewächse [...] in einem jahrelangen 'Reinigungsprozess' aus der Bewegung entfernt. Wesentlicher Erfolg“ sei, dass „nun Christen und Heiden, erklärte Regionalisten und 'Frankreich-Patrioten', Islamkritiker und 'Nationale', Pfadfinder und Hooligans, Studenten und Arbeiter gemeinsam in einer Bewegung arbeiten, die sich auf ein identitäres Minimum geeinigt“ habe.

Im zweiten Artikel geht es um Großbritannien, das als „Ein Land am Scheideweg“ dargestellt wird. Der Autor, Moritz Schellenberg, ist Mitglied der vom Hamburger Verfassungsschutz beobachteten Burschenschaft Germania Hamburg und wie Philip Stein Autor der Blauen Narzisse. 2012 gewann er den Jungautorenwettbewerb der Jungen Freiheit (JF). Als positiv zu rezipierendes „nonkonformes Europa“ begreift er neben der United Kingdom Independence Party (UKIP) auch die rechtsextreme British National Party (BNP) sowie „außerparlamentarische Gruppen wie die English Defence League oder British First“, also militante Organisationen, die aus der Hooligan-Bewegung entstanden sind und im Umfeld der BNP agieren.

Ebenfalls Autor der Blauen Narzisse und von Sezession ist Johannes Konstantin Poensgen, der über die „Grenzwacht“ Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (PEGIDA) schreibt. Poensgen ist der Auffassung, dass die Reaktionen der demokratischen Kräfte von CSU bis Grüne, von Welt bis taz „den latenten Bürgerkrieg auf eine neue Stufe gehoben“ hätten. „PEGIDA und Konsorten“ seien „ein doppelter Schlag gegen das herrschende System“. Mit dem Begriff „Lügenpresse“ sei PEGIDA „ein brillanter Streich gelungen“, denn den Leitmedien werde dadurch das abgesprochen, was sie wirkmächtig mache, die „Seriosität“. PEGIDA habe als „Rammbock“ „ein dickes Loch in die Schweigespirale der politischen Korrektheit gestoßen“. Letztlich komme jedoch die Macht – so Poensgen – „immer aus den Gewehrläufen“. In jedem Land der „sogenannten 'freien Welt'“ hätte sich im Verlauf des letzten Jahrhunderts eine Systempresse herausgebildet. Das Milieu

der Meinungsmacher habe die Rolle des Propagandaministeriums übernommen. Der gesellschaftliche Grundkonsens in der Bundesrepublik kann Poensgen zufolge nicht sinnvoll definiert werden, weil er nicht mehr sei als ein paar Schlagworte. Er nennt „Demokratie“, „Toleranz“ und „Soziale Marktwirtschaft“. Nun aber sei die Wirklichkeit außer Kontrolle geraten, was Poensgen begrüßt. PEGIDA ist aus seiner Sicht eine „erzdemokratische[...] Bewegung“, die zeige „in welchem Maße das durchgehend FDGO-kompatible Bürgertum aus dieser Republik hinausgedrängt“ werde. Poensgen Weltbild ist durch und durch dichotom: Aus seiner Sicht ist ein Kampf zwischen den zwei Lagern, die er konstruiert, unausweichlich. Illustriert ist der Artikel unter anderem mit einem Foto, auf dem Fahnen in den Farben der Urburschenschaft in einer Demonstration zu sehen sind. Untertitelt ist es mit: „Die Farben der Urburschenschaft bereicherten bisher so ziemlich jede PEGIDA-Veranstaltung. Die DB mittendrin!“

Mit dem Thema „Spanien“ befasst sich unter der Überschrift „Das Recht der Nationalismen“ Carlos Dieter Wefers Verástegui, ebenfalls Autor der Blauen Narzisse. Er beklagt, dass die spanische Gesellschaft seit mehr als 200 Jahren mit ihrer „Selbstzersetzung“ befasst sei sowie die „Fahnenflüchtigkeit, Inkompetenz und Korruption aller spanischen Regierungen seit der Wiedereinführung der Demokratie“.

Philip Stein schreibt über separatistische und regionalistische Bewegungen in Europa, die er als Gegenspieler des angeblich „immer deutlicher zu Tage tretenden Zentralismus der Europäischen Union“ ausmacht und von denen er hofft, das Europa durcheinandergewirbelt werde.

Alexander Markovics, Mitglied der DB-Burschenschaft Olympia Wien und Obmann der österreichischen Identitären, schreibt über die Identitären in Österreich, die er als „aktivistische Avantgarde“ gegen „Überfremdung“ und „Islamisierung“ begreift und die er – so der Tenor des Artikels – von Anfang an wesentlich mitgestaltet habe. Seines Erachtens sollten die Identitären Österreichs Vorbild für die Bundesrepublik werden.

Armin Allmendinger, Mitglied der Burschenschaft Rheinfranken Marburg und außerdem ebenfalls bei den Identitären, die vom Bundesamt für Verfassungsschutz und verschiedenen Landesämtern für Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestuft werden, schreibt über den „Sonderweg Osteuropas“. Thematisiert werden Rumänien, die Slowakei und Ungarn. Allmendinger schreibt voller Bewunderung über Viktor Orbán und seine Partei Fidesz, aber auch über die Jobbik-Partei, die nicht nur in der Symbolik an die faschistischen Pfeilkreuzler anknüpft und die, wie Allmendinger vermerkt, als „national-patriotische Hochschulgruppe“ entstanden sei. Den Antisemitismus eines Jobbik-Abgeordneten, der in einem Interview den französischen Front National, den niederländischen Politiker Geert Wilders, den belgischen Vlaams Belang und die österreichische FPÖ als „Zionisten“ bezeichnet hatte, weil diese „durch ihren Haß auf den Islam“ verkennen würden, „wer der wahre Feind sei: Liberalismus und Zionismus“, bezeichnet Allmendinger als „sehr spezielle Aussagen“, durch die Jobbik, im „Gegensatz zu anderen etablierten rechten Parteien“ „immer wieder“ überrasche. Die „Großrumänische Partei“ und die rumänische Partei „Noua Dreapta“ werden im Unterschied dazu von ihm kritisiert. Sie seien zwar „auf einem Erfolgsweg“, aufgrund von „Forderungen nach Gebietsrückgaben“ sei jedoch eine internationale Zusammenarbeit erschwert.

Der letzte Artikel des Schwerpunkts „Nonkonformes Europa“ ist ein Interview mit dem Kultursprecher der „neofaschistischen italienischen Casa Pound-Bewegung“, Adriano Scianca. Casa Pound

sei – so heißt es in einem Intro – „in der deutschen Rechten bereits seit Jahren ein viel diskutiertes Thema. Mit über 50 rechtsalternativen Jugendzentren und besetzten Häusern in ganz Italien, eigenen Kneipen, Restaurants, Buch- und Klamottenläden, Tonstudios sowie Kunstgalerien haben sich die selbsternannten 'Faschisten des 3. Jahrtausends' eine beeindruckende Welt erschaffen, von der Rechte in ganz Europa nur träumen können.“ In den Mitteilungen der Schriftleitung verweist Stein darauf, dass dem einen oder anderen dieses „provokante Interview“, das er selbst geführt hat, „bitter aufstoßen“ dürfte, nicht etwa, weil man selbsternannte Neofaschisten bzw. „Faschisten des 3. Jahrtausends“ interviewt, sondern wegen der Südtirol-Position, die Casa-Pound vertrete, und die „immer wieder zu Auseinandersetzungen mit deutschen Aktivisten führe“. So lautet dann auch die erste Frage von Stein: „Gehört Südtirol zu Italien oder zu Deutschland?“ Im Kern läuft das Interview darauf hinaus, dass derartige Streitigkeiten „im Hinblick auf ein wirklich freies, souveränes und vereintes Europa, daß wir alle wollen, zweitrangig“ seien, sondern man vereint „gegen den wahren Feind“ kämpfen müsse. Stein fragt suggestiv: „Sie sind der Kultursprecher von Casa Pound und bezeichnen sich selbst als überzeugten Faschisten. Wie viele ihrer vergangenen Aktionen gezeigt haben, verstehen Sie es, faschistische Theorie und Praxis zusammenzuführen. Wäre es, wenn Sie den Faschismus wirklich wiederbeleben wollen, nicht folgerichtig mit den rechten Kräften Österreichs zu kooperieren? Ein neuer Eurofaschismus mit Südtirol als symbolischem Startpunkt. Wäre das nichts?“

Alles in allem zeigt sich am Schwerpunkt dieses Heftes mehrerlei: erstens die engen Vernetzungen und personellen Überschneidungen von DB-Burschenschaften mit den Identitären, zweitens die von der Burschenschaft Germania Marburg in der Funktion als Vorsitzende Burschenschaft aktiv betriebene Vernetzung extrem rechter Kräfte in Europa, die als „nonkonform“ verniedlicht werden, drittens eine Reihe von theoretischen wie praktischen Überlegungen die europäische Integration in Form der Europäischen Union (EU) ebenso zu zerstören, wie die demokratischen Ordnungen der europäischen Nationalstaaten, viertens Sympathien für einen „Faschismus des 3. Jahrtausends“ und schließlich fünftens ein theoretischer wie praktischer Schulterschluss mit militanten Kräften.

Es verwundert deshalb nicht, dass solche und andere Debattenbeiträge und Aktivitäten zu heftigen Diskussionen innerhalb der Burschenschaften, aber auch in der Verbindungsszene insgesamt geführt haben. Neben zahlreichen Distanzierungen anderer Korporationsverbände und der schon genannten Austrittswelle aus dem Verband DB, gibt es seit 2011 sogar die Initiative Burschenschafter gegen Neonazis, was einmalig in der zweihundertjährigen Geschichte der Burschenschaften ist. Eine Beobachtung des sich immer weiter radikalisierenden DB und ihrer Mitgliedsburschenschaften, gerade auch in Hessen, ist m. E. insofern dringend notwendig.

**Anhang zur Stellungnahme von Dr. Alexandra Kurth, JLU Gießen**

**Rechtsextremistisch motivierte Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland**

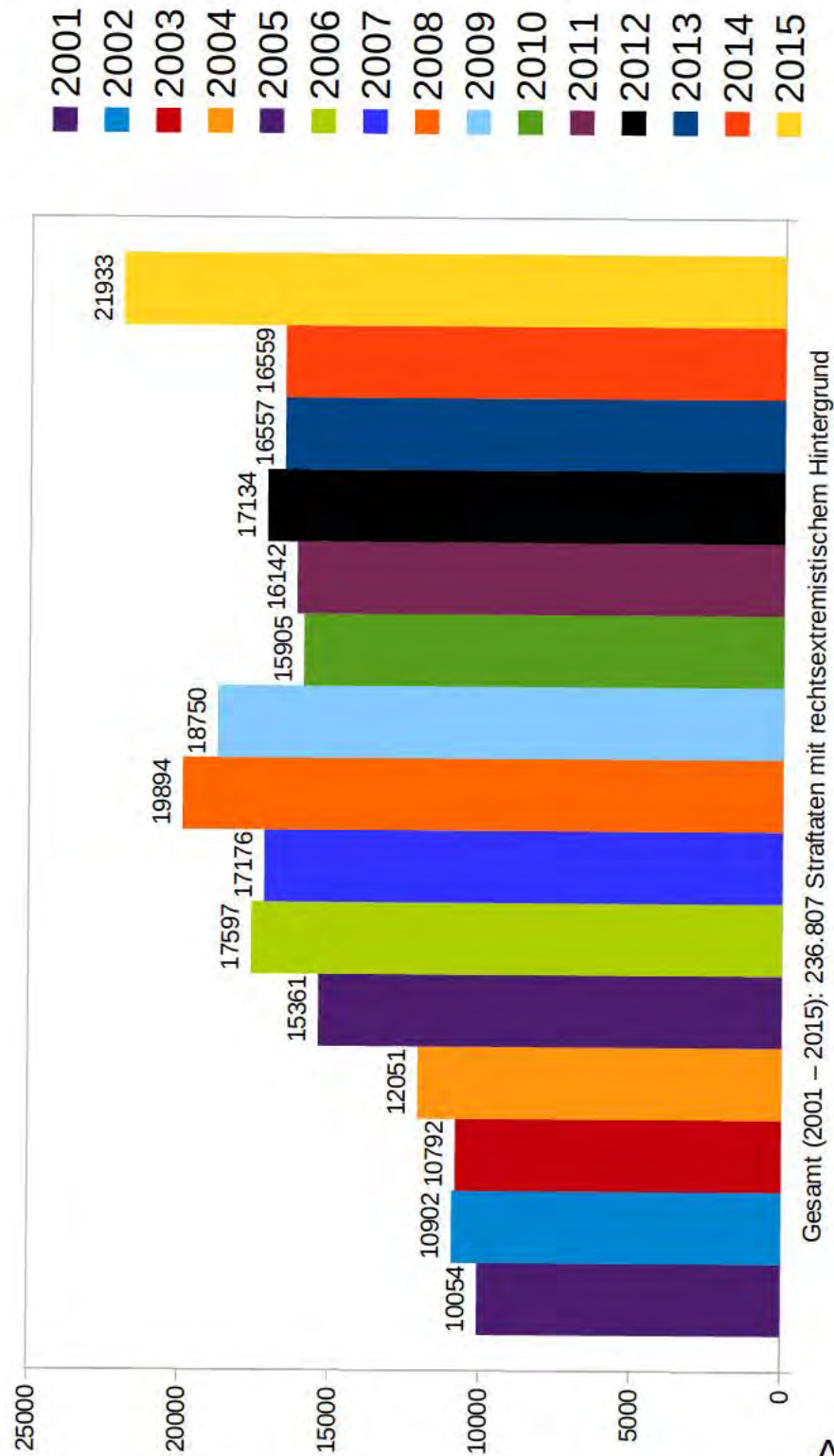


Abb. 1

Das Diagramm basiert auf den Daten des Bundeskriminalamtes, die in den jährlich erscheinenden Berichten des Bundesamtes für Verfassungsschutz veröffentlicht werden.

**Anhang zur Stellungnahme von Dr. Alexandra Kurth, JLU Gießen**

**Rechtsextremistisch motivierte Gewaltstraftaten in der Bundesrepublik Deutschland**

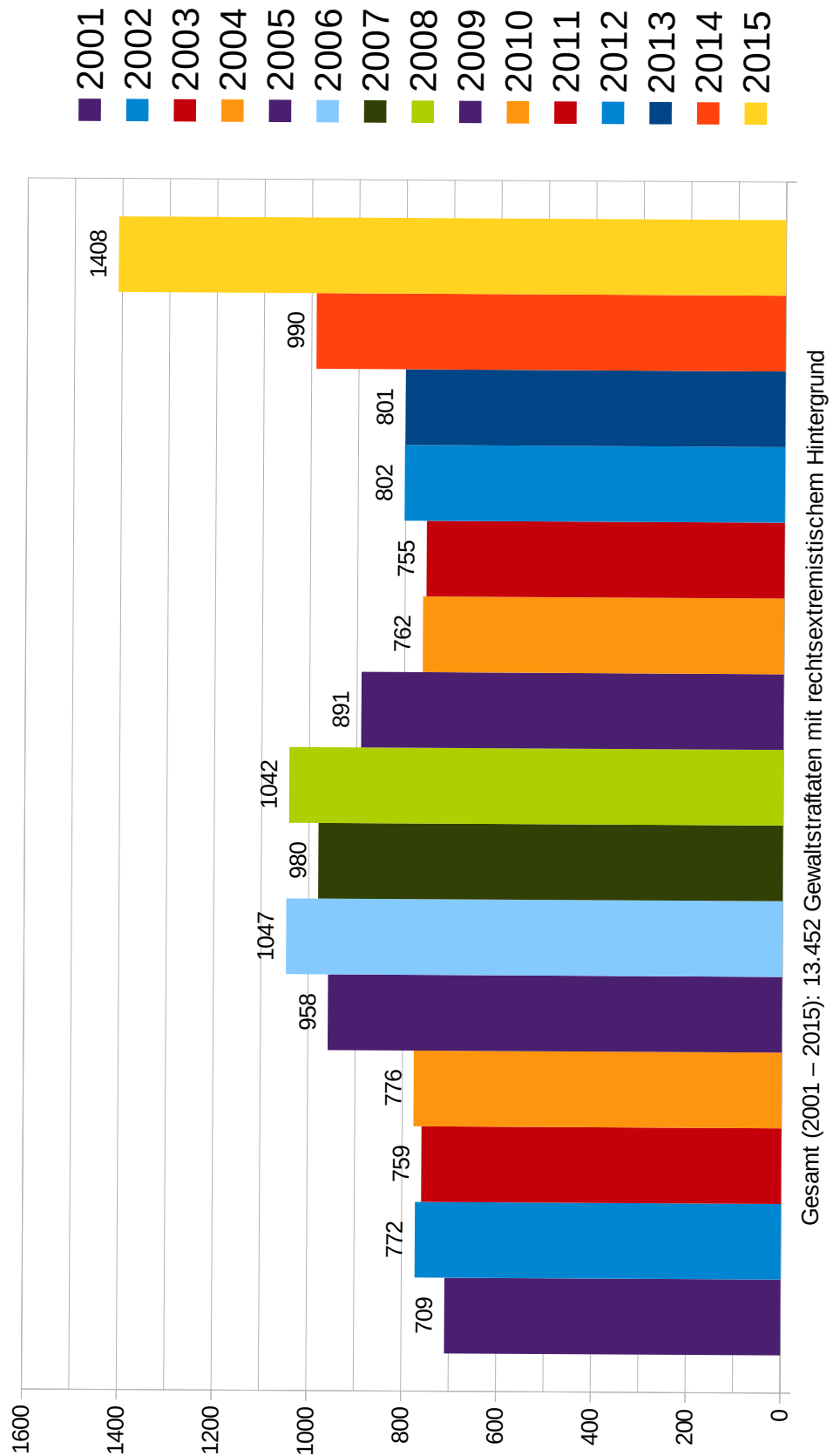


Abb. 2

Das Diagramm basiert auf den Daten des Bundeskriminalamtes, die in den jährlich erscheinenden Berichten des Bundesamtes für Verfassungsschutz veröffentlicht werden.



**Anhang zur Stellungnahme von Dr. Alexandra Kurth, JLU Gießen**

**Rechtsextremistisch motivierte Straftaten in Hessen**

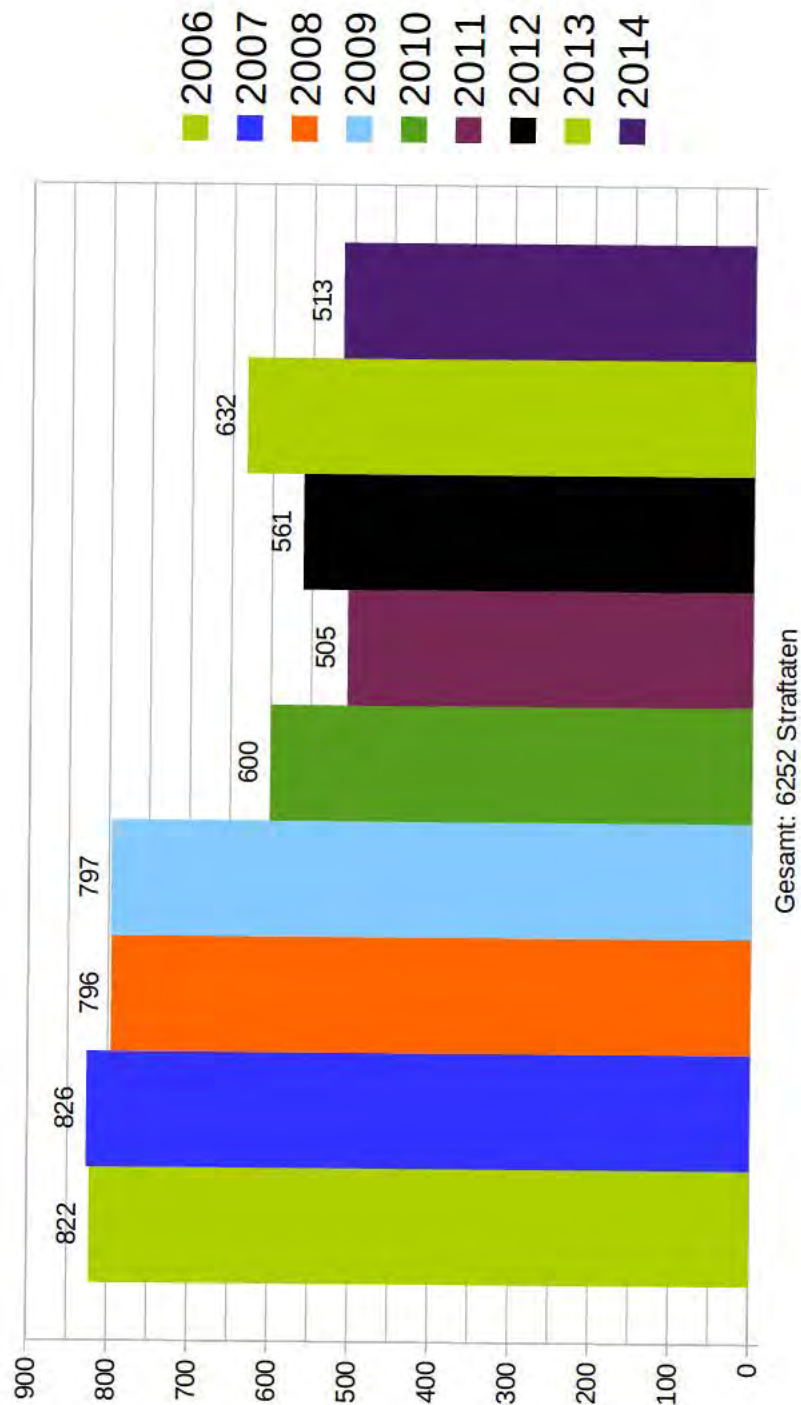


Abb. 3

Das Diagramm basiert auf den Daten des Landeskriminalamtes, die in den jährlich erscheinenden Berichten des Landesamtes für Verfassungsschutzes Hessen veröffentlicht werden.

**Anhang zur Stellungnahme von Dr. Alexandra Kurth, JLU Gießen**

**Rechtsextremistisch motivierte Gewaltstraftaten in Hessen**

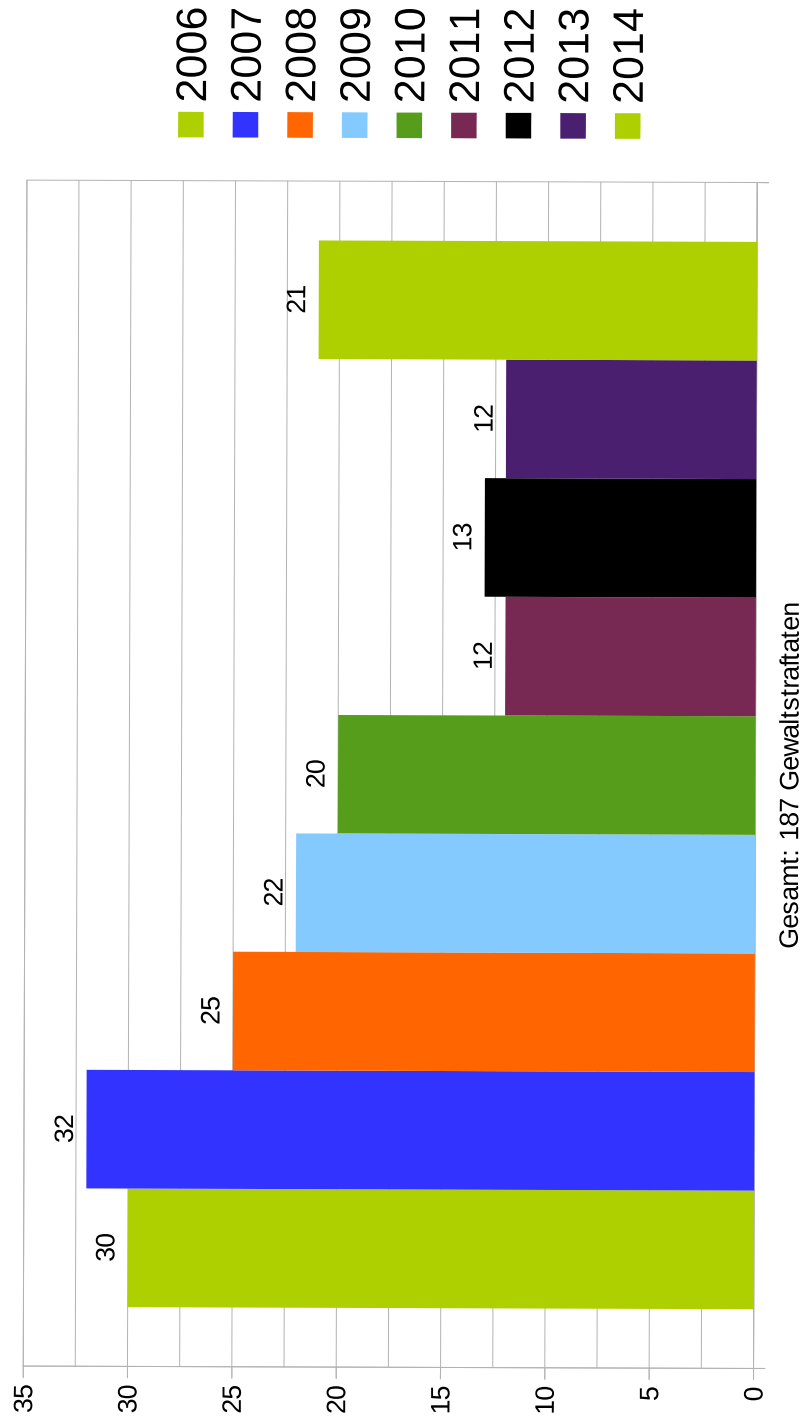


Abb. 4

Das Diagramm basiert auf den Daten des Landeskriminalamtes, die in den jährlich erscheinenden Berichten des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen veröffentlicht werden.

Anhang zur Stellungnahme von Dr. Alexandra Kurth, JLU Gießen



Alles, was man in  
dieser Zeit für  
seinen Charakter  
tun kann, ist, zu  
dokumentieren,  
daß man nicht zur  
Zeit gehört.

(Johann Gottfried Seume)

Marburger  
Burschenschaft  
**Germania**

**Marburger Burschenschaft Germania**  
Bereits morgen reisen zwei unserer Bundesbrüder nach Eisenach, um die erste  
Besprechung vor dem am Donnerstag startenden Burschentag wahrzunehmen. Denn  
dieser Burschentag könnte für uns ein ganz besonderer werden... 😊

Jugend übernimmt Verantwortung für Volk und Vaterland!

Album: Chronik-Fotos  
Geteilt mit: Öffentlich  
Fotoansicht öffnen  
Herunterladen

Abb. 5